

7. Empfehlungen

Insgesamt ist nicht von einer verbreiteten Abwanderung Türkeistämmiger aus NRW aufgrund politischer Unzufriedenheit auszugehen. Gleichwohl besteht aber verbreitet das Empfinden mangelnder Anerkennung der Identität bei vielen Angehörigen der Nachfolgenerationen, was eine Orientierung in Richtung Türkei unterstützen und unter Umständen auch durch türkische politische Kräfte genutzt werden kann, um Anhänger*innen zu gewinnen. Daraus resultierende Migrationen sind aber Randerscheinungen im Wanderungsgeschehen zwischen Deutschland und der Türkei, wenn auch mehr als marginale. Die Befragten, die in die Türkei abwandern wollen oder bereits abgewandert sind, sind nicht einseitig von türkischen Medien oder Organisationen „manipuliert“, sondern reagieren auf die subjektive Aussicht besserer Akzeptanz und persönlicher Entwicklungschancen auf der Grundlage vielfältiger Informationen und Einflüsse.

Entsprechende Migrationen existieren auch nicht in „Reinform“, sondern sind mit weiteren Motiven und Migrationsanlässen kombiniert. Auch ist nicht jede letztendlich auf identitäre Gründe zurückzuführende Migration ein Hinweis auf Defizite in Deutschland, sondern kann angesichts fortschreitender transnationaler Möglichkeiten und der Pluralisierung von Werten und Lebenswelten als Normalfall begriffen werden. Alle möglichen (hybriden) Identitäten können zur Abwanderung in die Türkei führen, funktionierende und dysfunktionale, traditions- oder innovationsorientierte.

- Dessen ungeachtet bietet unsere Studie hinreichend Anlass für Maßnahmen, die einer Abwanderung junger Türkeistämmiger aufgrund von geringem Akzeptanzempfinden in Deutschland entgegenwirken. Dabei geht es weniger um interaktionale Diskriminierung beim Arbeitsmarktzugang oder im Beruf, die zur Abwanderung in die Türkei führt, sondern um Anerkennungspolitik allgemein, allerdings auch immer wieder um die (wenn auch mitunter lang zurückliegende) Empfindung von Ungleichbehandlung in Schule und Studium. Große Bedeutung kommt dem entschiedenen Kampf gegen Hassverbrechen zu. Die Signalwirkung solcher Verbrechen in Richtung der Türkeistämmigen (und anderer Bevölkerungssteile) ist immens. Das Ziel, mit Anschlägen ganzen Gruppen ihre Existenzberechtigung abzuspochen, wird in der Wahrnehmung der Betroffenen allzu oft erreicht.

- Die Türkeistämmigen in NRW sind im Wesentlichen nicht demokratiedistanter als die deutsche Durchschnittsbevölkerung; vorhandene autoritäre Tendenzen können aber im grenzüberschreitenden Raum Deutschland-Türkei besonders leicht aktiviert werden. Dies wirft die Frage nach politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft auf, die sich von rein national gedachten Ansätzen unterscheiden muss.
- Die Situation in der Türkei führt seit längerem zu Zuwanderung gut qualifizierter Menschen aus der Türkei nach Deutschland, die dem dortigen Regime den Rücken gekehrt haben. Dabei wirkt die wachsende Community solcher Emigranten in Deutschland möglicherweise als zusätzlicher Pull-Faktor. Die wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Potenziale dieser Gruppe gilt es zur Geltung zu bringen, beginnend mit Orientierungshilfen für diese Neuzuwander*innen in NRW.
- Zugleich ist zu fragen, wie innerhalb der türkischen Community ein Austausch über die politische und gesellschaftliche Entwicklung im Herkunftsland gefördert werden kann, der auch die realistische Auseinandersetzung mit Wanderungsoptionen unterstützt.
- Grenzüberschreitende Orientierungen und unterschiedlichste Formen der Migration zwischen Deutschland und der Türkei sind weitgehend Normalität und entsprechen dem Selbstverständnis nicht nur der ersten Einwanderergeneration, sondern auch vieler Kinder und Enkel. Es bedarf geeigneter Rechtsrahmen zur Verwirklichung solcher Lebensmodelle, wozu zuvorderst die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit zählt.

